

Frankfurter Allgemeine Archiv speichern

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.2016, Nr. 280, S. N3

Rache für Sedan

Frankreichs 1914

Etwas eingeklemmt zwischen einem Beitrag über das vorklassische Wirtschaftsdenken und einem über die Gründungsgeschichte der Stiftung Warentest, findet sich in der aktuellen Ausgabe der "Historischen Zeitschrift" ein Aufsatz, der es in sich hat. Von Rechts wegen hätte man mit ihm aufmachen müssen, aber taktvolle Vorsicht schadet nie. Man muss nicht alles an die große Glocke hängen, vor allem dann nicht, wenn Sensibilitäten der Nachbarn berührt sein können.

Auf den ersten Blick scheint es eine sehr spezialistische und detailverliebte Studie zu sein, die Rainer F. Schmidt veröffentlicht hat ("Revanche pour Sedan' - Frankreich und der Schlieffenplan. Militärische und bündnispolitische Vorbereitung des Ersten Weltkriegs", in: Historische Zeitschrift, Bd. 303, Heft 2, Berlin 2016). Schmidt lehrt seit 1998 Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg. Aus der Analyse einiger Einzelheiten, die auf dem Weg der europäischen Mächte in den Sommer 1914 nicht ausgespart werden dürfen, kommt Schmidt zu atemberaubenden Schlussfolgerungen.

Vorausgesetzt wird, dass Frankreich einen Groll gegen das Deutsche Reich hegte; es hatte im Krieg 1870/71 Elsass und Lothringen an den östlichen Nachbarn verloren. Ein zweiter und bisher so nicht bekannter Befund lautet nun, dass die französischen Geheimdienste eine relativ genaue Kenntnis des deutschen Schlieffenplans besaßen. Dieser sah für den Kriegsfall eine bewaffnete Auseinandersetzung an zwei Fronten voraus, im Osten und im Westen. Im Osten wollte man zuwarten - würden doch dort auch die russischen Mobilisierungen längere Zeit in Anspruch nehmen -, im Westen dagegen strebte man einen schnellen Sieg über Frankreich an, das, durch das neutrale Belgien, von Norden her angegriffen werden sollte. Danach hätte man gegen Russland alle Hände frei. Schlieffen wusste, dass die französische Ostgrenze stark befestigt worden war, dort würde man nicht durchkommen.

Raymond Poincaré, erst Minister-, dann Staatspräsident, kannte den deutschen Plan. Und er glaubte, dass eine Schlacht gegen die von Norden anrückenden Deutschen sehr verlustreich werden würde und vor allem: kaum zum Ziel einer vernichtenden Niederlage der östlichen Nachbarn ausreichen und einer Wiedergewinnung von Elsass und Lothringen führen würde. Schließlich blieb die britische Position zu bedenken: Verletzte auch Frankreich seinerseits die belgische

Neutralität, dann würde auf den Beistand des Inselreiches kaum zu rechnen sein. Deshalb, so Schmidt, "galt es für Paris, eine Ausgangssituation herbeizuführen, die das Deutsche Reich in die Rolle des Aggressors manövrierte".

Und deshalb musste Poincaré die russische Karte ziehen. Die bisherigen Abmachungen mit Russland - vielmehr ihre Auslegung durch die Franzosen - hatten in St. Petersburg immer wieder enttäuscht. 1912 reiste Poincaré nach Russland, um eine neue Politik einzuleiten. Im Zentrum standen "die wiederholten Versicherungen gegenüber Petersburg, im Falle eines Krieges zwischen Serbien und Österreich-Ungarn für die russischen Interessen zu Felde zu ziehen". Poincaré sei so weit gegangen, "Russland zu ermuntern, seine ‚passive Rolle‘ aufzugeben und provokativ aufzutreten". Das Problem blieb die vermutbare langsame Mobilmachung der Russen im Ernstfall. Für den Ausbau der dortigen Infrastruktur gab Frankreich die höchsten Darlehen in der Finanzgeschichte.

So würde Deutschland einen echten und nicht zeitverzögerten Zweifrontenkrieg führen müssen. Jeder Balkankonflikt, bei dem sowohl russische wie österreichische Interessen tangiert waren, musste in dieser durch Poincaré geschaffenen Bündnislage zu einem "europäischen Flächenbrand" werden, wie Schmidt ausführte. In Deutschland wiederum, wo man diese Dinge genau verfolgte, wuchsen die Präventivkriegsneigungen angesichts der "sich zunehmend prekär gestaltenden Sicherheitslage".

Im Juli 1914 galt es, die Mittelmächte in die Rolle des Aggressors zu drängen. Die russische Generalmobilmachung ließ den Deutschen nur die Alternative, "entweder die Flucht nach vorne anzutreten" oder aber zurückzuweichen und mit Österreich-Ungarn den letzten Bundesgenossen zu verlieren. Poincarés Gedanken, so Schmidt, waren insgesamt nicht der Bewahrung des Friedens gewidmet und auch nicht nur die Sicherung des Status quo: "Ihr Ziel und ihre Perspektive waren die einer Revanche für 1870/71." Schmidt unterscheidet Kriegsbereitschaft, Kriegsalternative und Kriegsprovokation. Als Ministerpräsident und als Staatspräsident habe Poincaré eine "Kriegsvorbereitungs- und Erpressungspolitik gegenüber Berlin" verfolgt. Poincarés Kalkül erfülle "den Tatbestand einer indirekten Kriegsentfesselung". So lautet Schmidts abschließende Schlussfolgerung. Bis das in den Schulbüchern für den Geschichtsunterricht steht, wird man aber noch ein Weilchen warten dürfen.

LORENZ JÄGER